

IM AUFTRAG DER FAMILIE!

Politik von A bis Z für Klein und Groß

INHALT

IMPRESSUM

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Bezug:

SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
oder unter www.spdfraktion.de

Text:

Marion Binder und Stefan Hintermeier

Bilder:

BilderBox Bildagentur GmbH (S. 4, 15, 21)
Strandperle Medien Services e.K. (S. 17, 23, 31, 34)

Gestaltung:

Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH, Schlesische Straße 26, 10997 Berlin oder unter www.hirschen.de

Aktualisierte Auflage Juli 2009

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

STARKE FAMILIEN	Seite 6
GUTE BILDUNGSCHANCEN	Seite 9
VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF	Seite 13
AKTIVE VÄTER – AKTIVE PARTNER	Seite 17
MEHR ZEIT FÜREINANDER	Seite 18
EINE FAMILIENFREUNDLICHE ARBEITSWELT	Seite 19
GUTE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG	Seite 20
WIRKUNGSVOLLE ARMUTSVERMEIDUNG	Seite 22
EIN GUTER START INS BERUFSLEBEN	Seite 24
UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE ZWEITE CHANCE	Seite 30
STARKE ELTERN	Seite 32
PASSGENAUE HILFEN	Seite 33
IN DER KRISE FÜR FAMILIEN GEHANDELT	Seite 34



FAMILIENFIBEL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Kinder bedeuten Lachen, Lebensfreude und Glück. Sie machen eine Gesellschaft menschlich und reich, geben ihr Hoffnung und Zukunft. Deshalb ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, für Familien gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Kinder sorgenfrei aufwachsen können. Politik muss für hervorragende Bildungschancen für die Kinder und die Verwirklichung der Lebensvorstellungen ihrer Eltern sorgen. Sie muss die Entscheidung für Kinder bei Frauen und Männern unterstützen und Familien in die Lage versetzen, selbständig und eigenverantwortlich zu leben.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen Familien- und Bildungspolitik ganz oben auf der Tagesordnung. Unser Ziel ist, eines der kinder- und familienfreundlichsten Länder Europas zu werden. Dazu brauchen wir für all unsere Kinder beste Bildungschancen. Wir wollen wieder Mut machen, Kinder zu bekommen, und wir wollen, dass Kinder auch in materieller Sicherheit leben können. Wir sorgen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und dass Väter sich genauso an der Familienarbeit beteiligen wie Mütter. Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird.

Deshalb haben wir bereits 1998 begonnen, Familien zeitgemäß und wirkungsvoll zu unterstützen. Aber auch in der Großen Koalition waren wir der Motor für moderne, nachhaltige und zielgenaue Hilfen für Eltern und ihre Kinder. Davon können Sie sich mit dieser Broschüre selbst ein Bild machen.

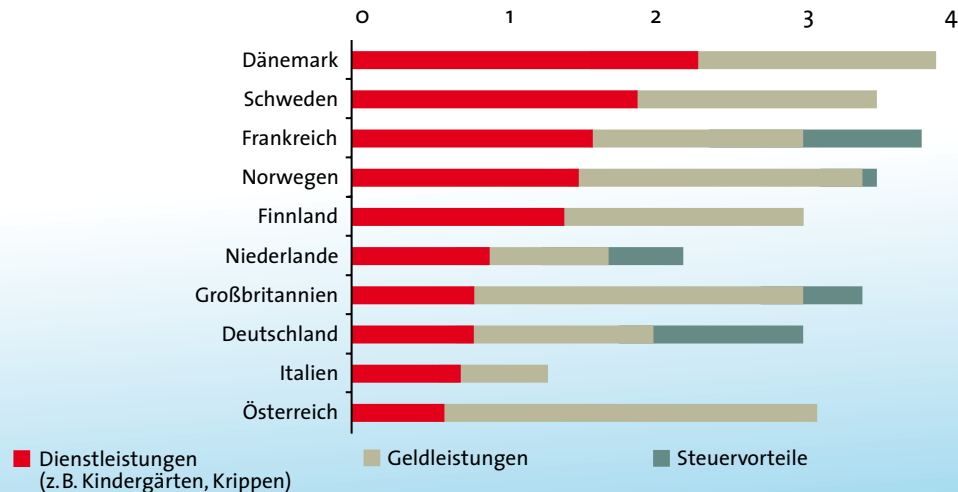
Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und Studieren!

DIE HERAUSFORDERUNG: EINSEITIGE FAMILIENPOLITIK

Familien verdienen die beste Unterstützung. Deshalb müssen wir uns besonders anstrengen. Wir geben zwar im internationalen Vergleich viel für Familien aus, haben damit aber lange Zeit keine überzeugenden Ergebnisse erzielt. Eine UNICEF-Studie von 2007 zur Situation von Kindern in Industriestaaten stellte der deutschen Familienpolitik kein gutes Zeugnis aus: Wir sind eines der reichsten Länder, vermögen aber unseren Kindern nur mittelmäßige Lebensbedingungen zu verschaffen. Vor allem an Bildungschancen hapert es.

Der wesentliche Grund: Die westdeutsche Familienpolitik war lange Zeit zu einseitig ausgerichtet. Das Leitbild war jahrzehntelang das verheiratete Paar mit zwei Kindern, dem alleinverdienenden Vater und der Mutter, die auf Erwerbstätigkeit verzichtet. Die Folge war, dass Familien vor allem finanziell unterstützt wurden. Investitionen in eine Infrastruktur, die eine partnerschaftliche Teilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Eltern ermöglicht hätte, wurden vernachlässigt. Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen waren und sind bis heute Mangelware, vor allem in den alten Bundesländern.

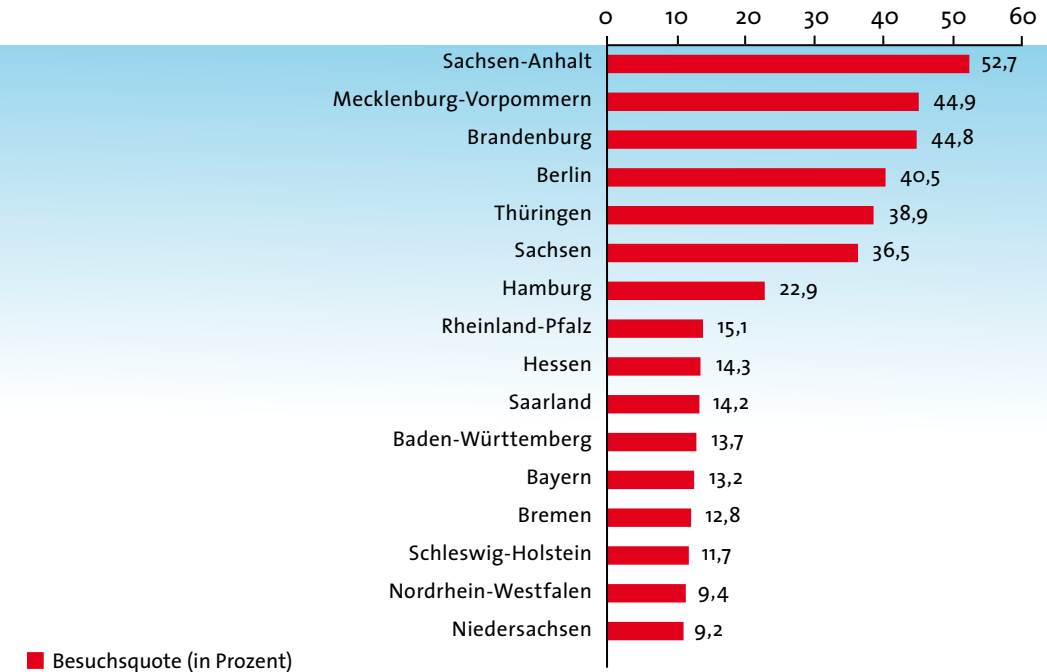
ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR FAMILIEN (IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS 2003)



Quelle: OECD, so zitiert im SPIEGEL-Special „Sehnsucht nach Familie“, 2007

In ländlichen Regionen ist ein entsprechendes Angebot kaum vorhanden. Aber auch in vielen bestehenden Einrichtungen gibt es Probleme: Die Öffnungszeiten sind nicht flexibel genug, Vollzeitplätze sind selten und die Beschränkung auf Halbtagsangebote an den meisten deutschen Schulen passt nicht zur Arbeitswelt berufstätiger Eltern.

BETREUUNGSPLÄTZE FÜR KINDER UNTER DREI JAHREN



VIELFALT VON FAMILIEN WAHRNEHMEN UND RESPEKTIEREN

Die traditionelle Familienpolitik passt nicht (mehr) zur Lebenswirklichkeit von Familien. Denn die Ehe mit zwei Kindern und einem Alleinverdiener ist nur ein Familienmodell unter vielen. Daneben ist vor allem die Anzahl der Alleinerziehenden enorm angestiegen. Auch der Trauschein ist keine Selbstverständlichkeit mehr. 30 Prozent aller Kinder werden mittlerweile nicht ehelich geboren. Patchworkfamilien, in denen Eltern mit Kindern aus früheren Verbindungen sowie teilweise mit gemeinsamen Kindern zusammenleben, gewinnen ebenfalls immer mehr an Bedeutung.

Auch die Wünsche der jungen Menschen haben sich geändert. Nur noch fünf Prozent der jungen Frauen wollen ausschließlich Mutter und Hausfrau sein. Die Mehrheit möchte beides: Erfüllung finden in Familie und Beruf. Junge Frauen investieren mittlerweile viel Zeit, Engagement und Geld in ihre Ausbildung. Ihre Qualifikationen wollen sie dann auch nutzen.

Und umgekehrt wollen immer mehr junge Männer nicht mehr nur für den Beruf leben. Sie wollen nicht nur Ernährer für ihre Familie, sondern auch liebevolle und aktive Väter sein.

TRADITIONELLE FAMILIENPOLITIK MIT UNERWÜNSCHTEN NEBENWIRKUNGEN

Diesem gesellschaftlichen Wandel hat die konservativ-liberale Regierung von 1982 bis 1998 nicht Rechnung getragen. Die mangelhafte Infrastruktur für Familien, die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben deshalb unerwünschte Folgen: Deutschland schneidet nicht gut ab bei den Bildungschancen der Kinder, bei der Frauenerwerbstätigkeit, bei der Geburtenrate und bei der Armutsvermeidung.

UNSERE LÖSUNG: FAMILIEN BRAUCHEN MEHR

Mit diesen Ergebnissen konnten wir uns nicht zufriedengeben. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion seit 1998 die Familienpolitik in Deutschland umgekrempelt. Wir haben sie modern gemacht und der Wirklichkeit angepasst. Und diesen Prozess haben wir auch in der Großen Koalition fortgesetzt.

Die einseitige Ausrichtung deutscher Familienpolitik auf finanzielle Förderung haben wir beendet. Familien brauchen mehr: Sie brauchen einen Mix aus Geld, Infrastruktur und Zeit. Sehen Sie selbst!

DIE HERAUSFORDERUNG: UNGLEICHE BILDUNGSCHANCEN

Bildung ist das Wichtigste, das wir unseren Kindern mit auf den Weg durch ihr Leben geben können. Denn Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe, Erwerbstätigkeit und Selbstbestimmung.

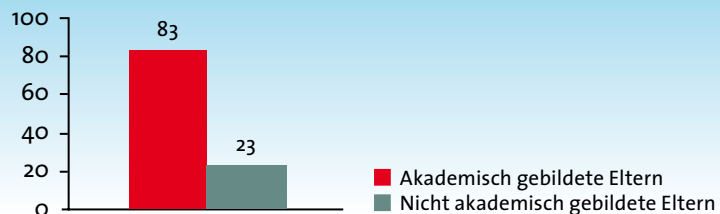
Leider weist das Bildungssystem in unserem Land noch immer deutliche Mängel auf. Bei den letzten internationalen Schulleistungsvergleichen hat Deutschland schlecht abgeschnitten. Und: In keinem anderen Land bestimmt die soziale Herkunft eines Kindes so stark über seine Bildungschancen wie bei uns. Einkommen, Bildung und ethnische Herkunft der Eltern entscheiden über den Bildungserfolg der Kinder. Hierzu einige Zahlen.

- Ein Kind aus einer Arbeiterfamilie hat in Deutschland sechsmal schlechtere Chancen, das Abitur zu erlangen, als ein Kind aus einer Akademikerfamilie. In Bayern sind die Chancen sogar zehnmals schlechter.
- Von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten finden 83 den Weg in die Hochschulen, von den Kindern nicht akademisch gebildeter Eltern sind es nur 23.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es deutlich schwerer, höhere Schulabschlüsse zu erlangen, einen Ausbildungsplatz zu finden oder ein Studium aufzunehmen. 37 Prozent der Migranten/-innen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine berufliche Ausbildung.

Die bildungspolitische Herausforderung ist deshalb, unseren Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen und für mehr Chancengleichheit in der Bildung zu sorgen. Experten sind sich einig: Ein Schlüssel zu besseren und gleichen Bildungschancen liegt in der frühen individuellen Förderung von Kindern. Doch genau die kommt bei uns wegen des Mangels an vorschulischen Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen zu kurz.

Andere Länder machen das besser: Die Kompetenzen der Kinder werden gefördert, ihre individuellen Schwächen früh erkannt und unabhängig vom familiären Hintergrund ausgeglichen.

STICHWORT UNGLEICHE BILDUNGSCHANCEN: ANTEIL STUDIERENDER KINDER VON AKADEMISCH UND NICHT AKADEMISCH GEBILDETEN ELTERN (IN PROZENT)



Quelle: Deutsches Studentenwerk, Juni 2007

UNSERE LÖSUNG: GUTE BILDUNG UND BETREUUNG VON ANFANG AN

GUTE BETREUUNG AB EINS!

Studien belegen: Vom frühen Besuch einer guten Kindertageseinrichtung profitieren alle Kinder. Wir setzen uns deshalb für einen bedarfsdeckenden Ausbau qualitativ guter Kindertagesstätten und für mehr Ganztagschulen ein. Beides verbessert die Bildungschancen für alle Kinder.

Kinder brauchen andere Kinder. Wir wollen Kindertagesstätten zu selbstverständlichen Orten für Kinder machen. In einem Lebensumfeld, in dem es oft an Geschwistern oder Nachbarkindern mangelt und in dem das Spielen „auf der Straße“ nicht mehr möglich ist, gewinnen KiTas für die Kinder an Bedeutung.

Mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG) hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits in der letzten Legislaturperiode den Grundstein dafür gelegt, dass in Deutschland endlich ein ausreichendes und gutes Angebot an Kinderbetreuung geschaffen wird. Gesetzliches Ziel sind 230.000 Plätze bis 2010.

Das war ein erster wichtiger Schritt. Doch wir müssen die Kinderbetreuung noch stärker und schneller ausbauen. Der im Sommer 2007 beschlossene bedarfsdeckende Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Meilenstein für die deutsche Familienpolitik. Der Bund wird sich dauerhaft an den Kosten des Betreuungsangebots beteiligen. So kann die Zahl der Betreuungsplätze auf 750.000 im Jahr 2013 gesteigert werden.

Und damit auch jedes Kind die Möglichkeit hat, einen KiTa-Platz zu bekommen, haben wir den Rechtsanspruch durchgesetzt. Alle Eltern haben die Garantie auf einen Platz für ihr Kind, der Rechtsanspruch wird ab 2013 für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag gelten. Länder und Kommunen können den Rechtsanspruch nur gewähren, wenn sie genügend Plätze schaffen. Damit das klappt, bekommen sie schon seit 2008 jährlich eine kräftige finanzielle Unterstützung vom Bund.

VERBESSERUNG DER BETREUUNGSQUALITÄT – DIE ANDERE SEITE DER MEDAILLE

Die Verbesserung der Betreuungsqualität ist ein ebenso wichtiges Ziel. Entscheidend ist ein guter Personalschlüssel in Krippen, KiTas und in der Tagespflege, damit jedes Kind von Anfang an individuell gefördert werden kann. Außerdem wachsen die Anforderungen, deshalb müssen wir für bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher sorgen. Das sozialdemokratisch regierte Rheinland-Pfalz geht hier mit gutem Beispiel voran, z.B. bei der Sprachförderung. Ganz wichtig ist auch, mehr Männer für den Erzieherberuf zu gewinnen. Denn gerade Jungen brauchen für ihre Entwicklung männliche Rollenvorbilder.

GEBÜHRENBEFREIUNG DER KINDERBETREUUNG IN DEN LÄNDERN

KiTa-Beiträge dürfen nicht abschrecken, an Bildung sollen alle gleichermaßen teilhaben. Hierüber darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Deshalb streben wir die Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung an. Sozialdemokratisch regierte Bundesländer zeigen, wie es geht. In Berlin ist seit 2006 das letzte KiTa-Jahr gebührenfrei. Und Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland die Gebührenfreiheit für den kompletten Kindergartenbesuch beschlossen.

GANZTAGSSCHULEN: DEN GANZEN TAG GEMEINSAM LERNEN UND SPASS HABEN

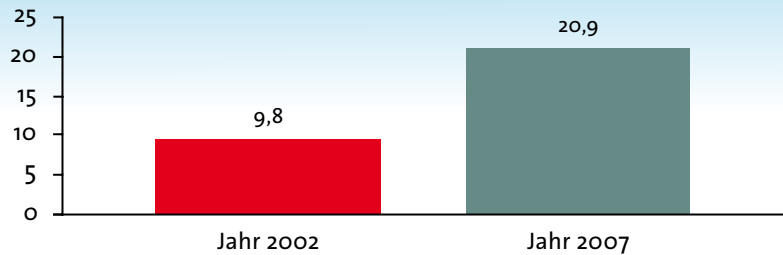
Wir setzen auf Ganztagschulen – und damit auf eine bessere individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes. Ganztagschulen bedeuten mehr Zeit – Zeit, um auf unterschiedliche Stärken, Interessen und Voraussetzungen einzugehen. Ganztagschulen erlauben auch, Unterricht und außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote besser zu verzahnen. Schließlich helfen sie den Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Ganztagschulen sind überall in Europa eine Selbstverständlichkeit.

Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) hat die SPD-geführte Regierungskoalition im Jahr 2003 das größte Schulbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik gestartet. Der Bund unterstützt die Länder bis 2009 mit insgesamt vier Milliarden Euro beim Auf- und Ausbau des Ganztagschulangebots – ein wichtiger Impuls für die Erneuerung des deutschen Schulsystems.

So haben wir einen flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen auf den Weg gebracht. Davon profitieren bislang rund 6.900 Schulen. Das Geld bleibt bis zum Ende dieser Legislaturperiode abrufbar, dafür haben wir uns in der Großen Koalition eingesetzt. Die Länder sind aufgefordert, diese Investitionen sinnvoll zu ergänzen, z.B. durch die Bereitstellung zusätzlicher Lehrer/-innen und Betreuer/-innen.

Mit dem jährlichen Schulbedarfspaket von 100 Euro unterstützen wir ab 2009 den Schulbesuch von Kindern aus sozial schwachen Familien, und das dank der SPD bis zum Abitur.

**POSITIVE ENTWICKLUNG:
ANTEIL DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER AN GANZTAGSSCHULEN STEIGT**



In Prozent. Schülerinnen und Schüler unter 11 Jahren. Quelle: KMK

AUSBAU DER GANZTAGSSCHULEN DURCH DAS INVESTITIONSPROGRAMM (IZBB)

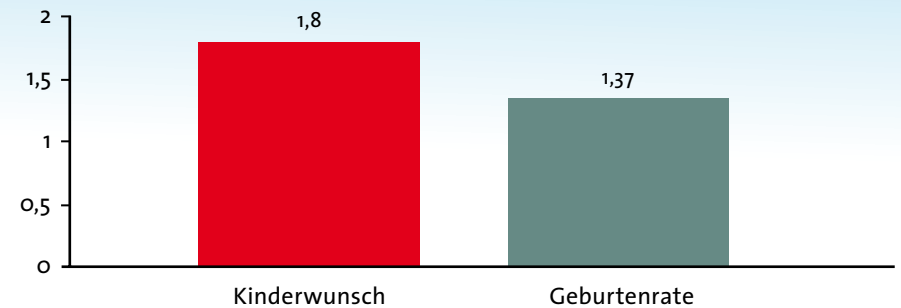
Land	Anzahl der geförderten und zur Förderung vorgesehenen Schulen seit 2003
Baden-Württemberg	524
Bayern	822
Berlin	368
Brandenburg	335
Bremen	35
Hamburg	127
Hessen	378
Mecklenburg-Vorpommern	154
Niedersachsen	326
Nordrhein-Westfalen	2.713
Rheinland-Pfalz	333
Saarland	240
Sachsen	147
Sachsen-Anhalt	64
Schleswig-Holstein	202
Thüringen	150
Summe	6.918

Quelle: Stand August 2008, BMBF

DIE HERAUSFORDERUNG: UNERFÜLLTE KINDERWÜNSCHE

90 Prozent der jungen Menschen wünschen sich ein Leben mit Kindern. Die Familie mit zwei Kindern liegt noch immer stark im Trend. Dennoch entscheiden sich immer mehr Frauen und Männer für ein Leben ohne Kinder, viele von ihnen gut ausgebildet und mit gutem Einkommen. Im Durchschnitt wünschen sich junge Menschen 1,8 Kinder, die Geburtenrate liegt aber deutlich darunter, nämlich bei 1,37 Kindern.

KINDERWUNSCH UND WIRKLICHKEIT



Quelle: BMFSJ, 2005

Viele Kinderwünsche bleiben unerfüllt, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben ist. Das Gleiche gilt für die Frauenerwerbstätigkeit: Viele Mütter verzichten auf Erwerbstätigkeit – ohne es zu wollen.

Anders sieht es dort aus, wo die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird. Dort sind mehr Frauen erwerbstätig und bekommen mehr Kinder. Die Geburtenrate liegt in Irland bei 1,99, in Frankreich bei 1,9, in Finnland bei 1,8 und in Schweden bei 1,75 Kindern pro Frau (Quelle: DESTATIS, 2004). In den skandinavischen Ländern wird es Frauen und Männern seit langem leichter gemacht, sich für ein Kind zu entscheiden. Der Grund: ein ausreichendes Angebot an Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen.

Ein weiteres Problem: Finanzielle Einbußen, z. B. durch den beruflichen Ausstieg, erschweren die Entscheidung für ein Kind. Die Schweden haben darauf schon vor Jahren eine überzeugende Antwort gefunden: Sie zahlen ein Elterngeld, das eine wirkungsvolle finanzielle Unterstützung für Eltern in der ersten Zeit nach der Geburt darstellt.

„Wo Frauen keine Angst haben müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und in Abhängigkeit von ihrem Mann zu geraten, wo sie nicht fürchten müssen, in ein unerwünschtes Lebensmodell zurückzufallen oder aus einer verunglückten Partnerschaft keinen Ausweg zu finden, wo Väter ermuntert werden, mehr als Feierabend- oder Wochenendpapi zu sein, dort werden mehr Kinder geboren. Und nicht in den Horten der Tradition.“

Quelle: Spiegel-Special „Sehnsucht nach Familie“, 2007

UNSERE LÖSUNG: WAHLFREIHEIT AUCH FÜR ERWERBSTÄTIGE ELTERN

Ein Baustein für eine bessere Familienpolitik ist das neue Elterngeld. Es gilt seit dem 01.01.2007 und hat das bisherige Erziehungsgeld abgelöst. Damit hat sich unsere Idee durchgesetzt, denn entwickelt wurde das Elterngeld von unserer früheren Familienministerin Renate Schmidt.

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung. Es gibt Eltern die Möglichkeit, sich ohne finanzielle Sorgen Zeit für die Betreuung ihres Kindes zu nehmen. Denn es ersetzt das entfallende Einkommen in Höhe von 67 Prozent, bis maximal 1.800 Euro monatlich. Die Dauer der Zahlung beträgt zwölf Monate, für Alleinerziehende 14 Monate.

ELTERNGELD – AUCH SOZIAL GERECHT

Das Elterngeld ist sozial gerecht ausgestaltet. Ein monatlicher Sockelbetrag von 300 Euro wird sowohl Alleinverdiener-Elternpaaren als auch den Beziehern/-innen von Arbeitslosengeld II gewährt. Bei diesen wird der Sockelbetrag nicht angerechnet, ebenso wie bei Studierenden. Für Spitzenverdiener ist die Einkommensersatzleistung auf maximal 1.800 Euro monatlich begrenzt.

Geringverdiener werden besonders unterstützt. Haben sie ein Einkommen unterhalb von 1.000 Euro, erhöht sich der Prozentsatz des Einkommensersatzes schrittweise von 67 auf bis zu 100 Prozent. Für je 20 Euro, die das Einkommen unter 1.000 Euro liegt, gibt es einen Prozentpunkt mehr. Zum Beispiel: Bei einem Einkommen von 800 Euro (200 Euro unter 1.000 Euro = zehn Prozent) würden 77 Prozent ersetzt, also 616 Euro. Das ist sozial gerecht und die Hilfe kommt an: Von dieser Geringverdienerkomponente profitieren rund 22 Prozent der Familien.



Mehr Geld gibt es auch für Familien mit mehreren Kleinkindern – hier wird das Elterngeld nach dem sogenannten Geschwisterbonus gesondert berechnet. Das Elterngeld für das jüngste Kind wird um zehn Prozent und mindestens um 75 Euro erhöht. Dadurch erhöht sich der Leistungssatz des Elterngeldes auf 73,7 Prozent des zuvor bezogenen Einkommens.

ELTERNGELD – DAS ORIGINAL GIBT'S NUR BEI UNS!

Das Elterngeld beruht auf einem Konzept der früheren SPD-Familienministerin Renate Schmidt. Auch wenn die Union damals davon nichts wissen wollte, ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, dieses Instrument einer modernen Familienpolitik durchzusetzen. Bei der Diskussion um die Partnermonate wurde deutlich, dass die Union ihr traditionelles Familienbild weiter pflegt. Auch die Nichtanrechenbarkeit des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II haben wir in den Verhandlungen durchgesetzt.

Für mehr Informationen zum Elterngeld steht Ihnen unsere Broschüre „Das Elterngeld – moderne Familienpolitik“ unter www.spdfraktion.de zur Verfügung. Mehr zu den Partnermonaten finden Sie ab Seite 17 unter: „Aktive Väter – aktive Partner“.

RECHTSANSPRUCH AUF KINDERBETREUUNG

Mit dem von uns durchgesetzten Rechtsanspruch geben wir den Eltern Sicherheit und die Garantie, tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr das Recht auf einen Betreuungsplatz. Länder und Kommunen haben – mit finanzieller Unterstützung des Bundes – schon angefangen, ihr Angebot auszubauen, damit sie ab 2013 den Rechtsanspruch erfüllen können. Und wir gehen noch einen Schritt weiter: Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung ausweiten.

DIE KINDERTAGESPFLEGE

Vor allem in den alten Bundesländern ist ein flexibler und bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung bis 2010 ohne Tagesmütter oder -väter nicht realisierbar. Denn Tagespflege ist ein flexibles Angebot, auf das vor allem Eltern mit kleinen Kindern gern zurückgreifen.

Die öffentlich finanzierte Kindertagespflege und die Qualifizierung des Personals waren in vielen Ländern nicht gesetzlich geregelt. Das hat die SPD-Bundestagsfraktion geändert. Wir setzen auf eine fundierte Qualifizierung. Tagesmütter und -väter sollen nicht nur ordentlich entlohnt, sondern auch sozial abgesichert sein. Deshalb übernehmen die Jugendämter jetzt die Kosten für eine Unfallversicherung sowie die Hälfte der Kosten für eine angemessene Alters-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Wir wollen aber noch weiter gehen. Die bessere soziale Absicherung von Tagespflegepersonen sowie die weitere Qualifizierung stehen ganz oben auf unserer Tagesordnung.

AUSBAU GANZTAGSSCHULEN

Mit dem beschlossenen Ausbau der Kinderbetreuung kommen wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Riesenschritt voran. Und damit die Sicherheit für Eltern, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können, nicht mit der Einschulung endet, setzen wir auf Ganztagschulen.

Mehr Informationen finden Sie ab Seite 11 unter:
„Ganztagschulen: den ganzen Tag gemeinsam lernen und Spaß haben“

Respekt für die Entscheidungen aller Eltern

Es ist nicht Aufgabe der Politik, ein bestimmtes Lebensmodell vorzuschreiben. Es ist aber Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Eltern so leben können, wie sie wollen. Und die allermeisten wollen Beruf und Familie vereinbaren. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen.

Selbstverständlich haben aber auch die Eltern, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu erziehen, unsere volle Anerkennung. Diese Eltern leisten wertvolle Erziehungsarbeit und verdienen unseren ganzen Respekt.

DIE HERAUSFORDERUNG: KINDERBETREUUNG IST IMMER NOCH „FRAUENSACHE“

Kinder brauchen nicht nur ihre Mutter, sondern auch ihren Vater. Gerade für Jungen ist es ganz wichtig, in einem aktiven Vater ein positives Rollenvorbild zu finden. Außerdem werden immer mehr Ehen geschieden, weil Frauen sich oft mit der Familienarbeit alleingelassen fühlen.

UNSERE LÖSUNG: NEUE WEGE FÜR AKTIVE VÄTER UND PARTNER

Das Elterngeld ist auch ein Angebot an Väter. Dafür sorgen die Partnermonate, die nur gewährt werden, wenn auch der zweite Partner Elternzeit für sich in Anspruch nimmt. Dank des Elterngeldes ist es jetzt für Väter auch finanziell attraktiver, sich eine Auszeit vom Beruf zu nehmen, um nur für ihre Familie da zu sein.

Die Zahlen beweisen: Die Partnermonate wirken! Mittlerweile stellen rund 18 Prozent aller Väter Antrag auf Elternzeit, beim früheren Erziehungsgeld waren es nur 3,5 Prozent. Partnerschaftlichkeit ist ein Erfolgsmodell! Deshalb wollen wir noch einen Schritt weiter gehen und weitere Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit setzen. Wenn Mutter und Vater beide in Teilzeit arbeiten und sich gleichzeitig um das Kind kümmern, wollen wir das belohnen. Ihr Elterngeldanspruch soll von jetzt 7 Monate auf 14 Monaten verdoppelt werden.

Gefragt sind aber auch die Unternehmen. In den Chefetagen muss ein Umdenken stattfinden. Ein Vater, der einen Antrag auf Elternzeit stellt, verdient Unterstützung und Anerkennung – und nicht ein mitleidiges Lächeln!

Mehr Informationen finden Sie auf Seite 18/19 unter:
„Mehr Zeit füreinander“ und „Eine familienfreundliche Arbeitswelt“



DIE HERAUSFORDERUNG: FAMILIE KOMMT OFT ZU KURZ

Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder. Besonders in den ersten Lebensjahren verlangen Kinder viel Aufmerksamkeit.

UNSERE LÖSUNG: MEHR SPIELRAUM FÜR ELTERN

Mit dem Elterngeld geben wir Eltern die Sicherheit, im ersten Lebensjahr ihres Kindes ohne finanzielle Sorgen ganz für ihr Kind da sein zu können.

Und: Wir haben den „Erziehungsurlaub“ zu einer flexiblen Elternzeit umgestaltet. Mütter und Väter können gemeinsam bis zu drei Jahre in Elternzeit gehen, gleichzeitig eine Teilzeittätigkeit ausüben oder sich untereinander bei Erziehung und Erwerbsarbeit abwechseln. Ein Jahr der Elternzeit kann zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes genommen werden, z.B. dann, wenn das Kind etwas mehr Aufmerksamkeit für einen guten Schulstart braucht.

Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion auch einen Rechtsanspruch auf Teilzeit im Rahmen von 15 bis 30 Wochenstunden eingeführt. Dieser Anspruch besteht in allen Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten. Lediglich dringende betriebliche Gründe können den Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit verhindern. Nun ist auch der Anspruch auf Rückkehr zur früheren Arbeitszeit nach Ende der Erziehungszeit gesetzlich festgeschrieben.

Für Väter erleichtert der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit die Beteiligung an der Erziehung, Frauen haben nun die Möglichkeit, durch Teilzeitarbeit den Kontakt zum Beruf aufrechtzuerhalten. Damit haben wir den Wünschen vieler junger Eltern entsprochen, und die Unternehmen müssen nicht auf ihre motivierten und bewährten Fachkräfte verzichten.

Und wir haben auch einen Anspruch auf Elternzeit für Großeltern geschaffen. Das ist sinnvoll, wenn z.B. die 16-Jährige Tochter ein Kind bekommt, aber noch ihren Schulabschluss und eine Ausbildung machen muss. In diesem Fall können die Großeltern durch ihren Anspruch auf (Groß-)Elternzeit besser Unterstützung bei der Betreuung und Erziehung des Kindes leisten.

Die Politik hat ihre Hausaufgaben gemacht. Nun sind die Unternehmen in der Pflicht: Sie müssen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen sorgen.

DIE HERAUSFORDERUNG: VEREINBARKEIT VON ARBEIT UND FAMILIE

Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf reicht es nicht, nur KiTas und Ganztagschulen auszubauen. Auch die Gestaltung der Arbeitswelt ist dafür entscheidend. Eltern dürfen nicht in die Mühlen zwischen Anforderungen des Arbeitgebers und Bedürfnissen ihrer Kinder geraten. Genau dies ist heute noch oft der Fall. Die Unternehmen sind auf qualifizierte und motivierte Mitarbeiter/-innen angewiesen. Sie können es sich nicht mehr leisten, auf gut ausgebildete Frauen (und Männer) nach der Elternphase zu verzichten.

UNSERE LÖSUNG: ALLIANZEN SCHMIEDEN FÜR FAMILIEN

Unter dem Dach der „Allianz für die Familie“ hat die damalige SPD-Familienministerin Renate Schmidt im Jahr 2003 Initiativen gebündelt, damit eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt gelingt. Starke Partner aus Wirtschaft, Verbänden und Politik setzen sich öffentlich und beispielhaft für eine neue Unternehmenskultur und Gestaltung der Arbeitswelt ein. Die „Allianz für die Familie“ basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft mehr Kinder, unsere Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte und unsere Kinder eine frühe Förderung brauchen. Die familienfreundliche Arbeitswelt liegt im Trend. Dass sich ein Mentalitätswandel vollzieht, zeigt das Projekt „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“. In dem Unternehmensnetzwerk sind mehr als 2.000 Betriebe organisiert. Es gibt Informationen über familienbewusste Personalpolitik. Die Palette an familienfreundlichen Maßnahmen reicht von der flexiblen Arbeitszeitgestaltung über Eltern-Kind-Büros bis zur Notfallbetreuung. Auch das zunehmende Interesse von Unternehmen am „Audit Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zeigt das Interesse der Unternehmen an dem Thema.

All politics is local – über die Lebensbedingungen einer Familie entscheidet die Situation vor Ort. Deshalb hat Renate Schmidt die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. Dort engagieren sich Politik und Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften, Kirchen und soziale Einrichtungen für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort. Dabei geht es z.B. um die erfolgreiche Vermittlung von Tagesmüttern, die Einführung familienfreundlicher Öffnungszeiten von KiTas oder andere Angebote für Familien. Mittlerweile gibt es 560 Bündnisse in ganz Deutschland.

Die Allianz und die lokalen Bündnisse werden fortgesetzt – dafür haben wir in den Koalitionsverhandlungen gesorgt.

DIE HERAUSFORDERUNG: KINDER KOSTEN GELD

Kinder bereichern das Leben, kosten aber auch Geld. Geld für Windeln, Lebensmittel, Kleidung, Freizeitaktivitäten, Spielzeug usw. Dazu kommen Kosten für Betreuungseinrichtungen, Schulbücher, Sport, Hobbys und vieles mehr. Deshalb brauchen Familien auch materielle Unterstützung.

UNSERE LÖSUNG: MEHR UND ZIELGENAUE FAMILIENFÖRDERUNG

Deshalb haben wir in den letzten Jahren auch die finanziellen Leistungen für Familien deutlich verbessert – zuletzt durch das Elterngeld.

- **Mehr Kindergeld:** Eine der ersten Maßnahmen sozialdemokratischer Familienpolitik war deshalb die schrittweise Erhöhung des Kindergeldes von damals 112 Euro auf jetzt 164 Euro im Monat für das erste und zweite Kind. Das ist eine Erhöhung von 46 Prozent. Allein dadurch hat eine Familie mit zwei Kindern 1.248 Euro pro Jahr mehr zur Verfügung als 1998.
- **Weniger Steuern:** Eine Familie mit zwei Kindern zahlt bis zu einem Bruttoeinkommen von rund 39.000 Euro – unter Berücksichtigung des Kindergeldes – keine Steuern mehr.
- **Hilfe für Alleinerziehende:** Seit dem 01.01.2004 sichert ein neuer steuerlicher Freibetrag eine dauerhafte Entlastung für Alleinerziehende. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende in Höhe von 1.308 Euro gilt für Mütter oder Väter, die mit ihrem Kind oder ihren Kindern allein in einem Haushalt leben. Mit diesem neuen Entlastungsbetrag, den Kindergelderhöhungen und einem neuen Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung werden die Belastungen weitgehend ausgeglichen, die den Alleinerziehenden durch den Wegfall des verfassungswidrigen Haushaltsfreibetrags entstanden sind.
- **Bessere steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten:** Kinderbetreuungskosten können vom ersten Euro an bis zu zwei Dritteln und bis zu einem Maximalbetrag von 4.000 Euro pro Kind steuerlich geltend gemacht werden.
- **Mehr BAföG:** Wir haben das BAföG mehrfach erhöht, zuletzt 2008 um zehn Prozent.

Mehr Informationen finden Sie ab Seite 24 unter: „Ein guter Start ins Berufsleben“



- Weitere haushaltsnahe Dienstleistungen, z.B. Ausgaben für eine Raumpflegerin, können steuerlich geltend gemacht werden.

DAS KIND STEHT IM MITTELPUNKT – AUCH BEI TRENNUNG UND SCHEIDUNG

Kinder sind bei einer Trennung ihrer Eltern besonders schutzbedürftig, deshalb soll ihr Wohl an erster Stelle stehen. Wir haben deshalb das Unterhaltsrecht entsprechend der veränderten Lebenswirklichkeit in den heutigen Familien reformiert.

Ist nicht genügend Geld für alle Unterhaltsberechtigten vorhanden, erhalten die Kinder den ersten Rang unter den Unterhaltsgläubigern. Erst danach kommen die Ansprüche der Mütter und Väter, die Kinder betreuen – und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht. Das Ziel: weniger minderjährige Sozialhilfeempfänger/-innen. Der Mindestunterhalt minderjähriger Kinder wurde in Anlehnung an den steuerlichen Kinderfreibetrag gesetzlich definiert.

DIE HERAUSFORDERUNG: ARME KINDER IN EINEM REICHEN DEUTSCHLAND

Eigene Erwerbstätigkeit ist der beste Schutz gegen Armut. Weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unzureichend ist, müssen viele Eltern und Alleinerziehende auf einen Job verzichten. So ist es für sie unmöglich, selbst und eigenständig für sich zu sorgen.

Die Sozialforschung weist nach, dass Kinder von berufstätigen Eltern weitaus seltener von Armut bedroht werden als Kinder aus Alleinverdienerfamilien. Besonders benachteiligt sind Alleinerziehende, von denen 85 Prozent Frauen sind. Ihr Armutsrisiko ist rund sechsmal so hoch wie im allgemeinen Durchschnitt. Die Zahl der Kinder, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, ist in den vergangenen 40 Jahren kontinuierlich gestiegen – dadurch erhält diese Problematik eine zusätzliche Brisanz.

Hauptgrund: Gerade Alleinerziehende können aufgrund fehlender Betreuungseinrichtungen keiner oder keiner ausreichenden Erwerbstätigkeit nachgehen. Es gibt Fälle, in denen alleinerziehende Mütter oder Väter Arbeitsangebote ablehnen müssen, weil sie keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder finden.

Wer Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe erhält, bekommt zwar das Lebensnotwendige, ist aber oft arm an Chancen. Das bedeutet für die Kinder geringere Chancen auf gute Bildung, gesunde Ernährung und Teilhabe. Deshalb müssen wir die Eltern dieser Kinder wieder in Arbeit bringen, und zwar in eine, die so bezahlt wird, dass die Familie davon leben kann.

UNSERE LÖSUNG: ARBEITS- UND BILDUNGSCHANCEN SOWIE KINDERZUSCHLAG

Der Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen ist ein wirkungsvolles Mittel gegen Kinderarmut: Arbeit zu haben ist die beste Hilfe zur Selbsthilfe. Damit Eltern Arbeit überhaupt annehmen können, brauchen wir ein ordentliches Kinderbetreuungsangebot. Außerdem erhalten Kinder mit dem Ausbau der Betreuung bessere Bildungschancen. In KiTas und Ganztagschulen können durch das Elternhaus bedingte Defizite besser ausgeglichen werden.

Der Kinderzuschlag – von uns entwickelt und 2005 eingeführt – ist eine gezielte finanzielle Hilfe im Kampf gegen Kinderarmut. Denn er unterstützt genau diejenigen Eltern, die aus eigener Kraft genügend für ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen, nicht aber für den ihrer Kinder.

So wird verhindert, dass die Geburt von Kindern für einkommensschwache Familien zum Einstieg in eine – oft dauerhafte – Armutskarriere wird. Mittlerweile erreichen wir mit dem Kinderzuschlag rund 260.000 Kinder und mehr als 100.000 Familien.

Außerdem haben wir die Regelsätze für die 6- bis 13-Jährigen im Sozialleistungsbezug deutlich erhöht, und zwar um 40 Euro. Damit greifen wir besonders hilfebedürftigen Familien gezielt unter die Arme.

Damit alle Kinder gleiche Bildungschancen haben, haben wir das Schulbedarfspaket eingeführt. Es umfasst 100 Euro pro Kind und Schuljahr.

Schließlich setzen wir auf einen gesetzlichen Mindestlohn. Denn nur mit gerechten Löhnen können Mütter und Väter ihre Familien versorgen. Der Mindestlohn ist besonders wichtig für Frauen, weil viele von ihnen immer noch in den strukturell gering bezahlten Branchen arbeiten.



DIE HERAUSFORDERUNG: STEIGENDE ANFORDERUNGEN AM ARBEITSMARKT

Jeder junge Mensch braucht die Chance auf eine gute berufliche Qualifizierung in Ausbildung oder Studium, um möglichst optimale Startvoraussetzungen für den Einstieg ins Berufsleben zu haben. Experten sind sich einig: Die Anforderungen des Arbeitsmarktes an die Qualifikation der Arbeitnehmer/-innen nehmen immer mehr zu. Die Nachfrage nach hoch qualifizierten Erwerbstätigen steigt, die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften sinkt. Bereits heute haben gut ausgebildete Menschen ein viel geringeres Risiko, arbeitslos zu werden: Ohne Berufsabschluss ist das Arbeitslosigkeitsrisiko sechsmal größer als bei Hochschulabsolventen. Dieser Trend wird sich in Zukunft weiter verstärken: Mehr denn je werden die Berufschancen der Menschen von ihrer Qualifikation abhängen.

Die Herausforderung besteht darin, allen jungen Menschen gute Bildungsangebote in Ausbildung und Studium zu machen, die Chancengleichheit zu verbessern und das Bildungsniveau insgesamt weiter zu erhöhen.

UNSERE LÖSUNG: STÄRKUNG VON AUSBILDUNG UND STUDIUM

Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Herausforderungen angenommen und sich in der Bildungspolitik klar auf das Ziel konzentriert, allen Jugendlichen eine Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Mit dem Ausbildungspakt haben wir neue Bewegung in den Ausbildungsmarkt gebracht. Mit dem Hochschulpakt 2020 sorgen wir für einen Ausbau der Studienkapazitäten an den Universitäten und Fachhochschulen. Mit dem BAföG tragen wir dazu bei, dass die Aufnahme eines Studiums nicht an finanziellen Hürden scheitert.

AUSBILDUNGSPLÄTZE FÜR EINEN GUTEN START INS BERUFSLEBEN

Wir wollen, dass jeder ausbildungswillige Jugendliche die Chance auf eine gute Berufsausbildung erhält. Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte, hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist international anerkannt. Damit das so bleibt, sorgen wir seit 1998 dafür, das Berufsbildungssystem kontinuierlich an neue Entwicklungen anzupassen, benachteiligte Jugendliche gezielt zu fördern und die Lage am Ausbildungsstellenmarkt zu verbessern. Vieles haben wir für die jungen Menschen bereits erreicht. So haben wir in den vergangenen Jahren die politischen Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung laufend verbessert und seit 1999 den größten Modernisierungsschub bei den Ausbildungsberufen seit drei Jahrzehnten in Angriff genommen. Wir haben das Berufsbildungsgesetz

reformiert und umfassende Programme zur Ausbildungsförderung aufgelegt. Wir haben mit dem Ausbildungspakt für mehr Ausbildungsplätze gesorgt und mit dem Ausbildungsbonus die Ausbildungschancen von benachteiligten Jugendlichen und Altbewerberinnen und Altbewerbern verbessert.

DER AUSBILDUNGSPAKT

Nachdem das Angebot an Ausbildungsplätzen über mehrere Jahre rückläufig war, hat die SPD-Bundestagsfraktion im Jahr 2004 den Ausbildungspakt mit auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu einer Stärkung der Ausbildungsleistung zu verpflichten. Im Pakt hat die Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft das Ziel vereinbart, allen ausbildungswilligen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung zu machen. Inzwischen wurde der zunächst auf drei Jahre befristete Ausbildungspakt bis 2010 verlängert.

Kern des Ausbildungspaktes ist die Zusage der Wirtschaft, jährlich 60.000 neue Ausbildungsplätze anzubieten, 30.000 Ausbildungsbetriebe einzuwerben und eine ausreichende Zahl an Praktika-Plätzen für die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQJ) zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung hat sich im Gegenzug u.a. dazu verpflichtet, die EQJ-Praktika zu fördern und Ausbildungsprogramme fortzuführen.

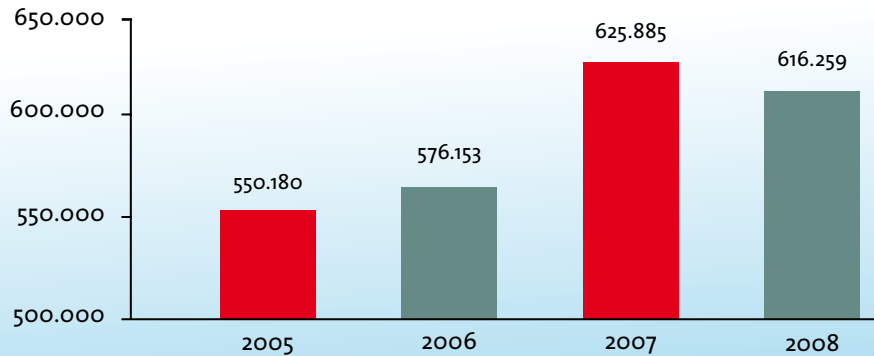
Der Pakt hat zu einer neuen Dynamik im Engagement aller Verantwortlichen und zu einer deutlichen Stärkung des Ausbildungsangebots beigetragen. Bereits im Paktjahr 2006 konnten mit 576.000 Ausbildungsverträgen so viele Lehrstellen verzeichnet werden wie seit 2001 nicht mehr. 2007 wurde mit einer weiteren Steigerung auf 626.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge der zweithöchste Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. 2008 wurde die Marke von 600.000 Ausbildungsverträgen erneut deutlich überschritten.

Auch die Zahl der am Ende des Vermittlungszeitraums der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht in Ausbildung oder alternative Maßnahmen vermittelten Jugendlichen konnte deutlich reduziert werden. Am Ende des Ausbildungsjahres 2008 waren bei der BA sogar erstmals seit langem wieder mehr offene Lehrstellen als „unversorgte“ Bewerberinnen und Bewerber gemeldet.

Kurz: Der Ausbildungspakt hat in den letzten Jahren vielen Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz verholfen.

NEU ABGESCHLOSSENE AUSBILDUNGSVERTRÄGE

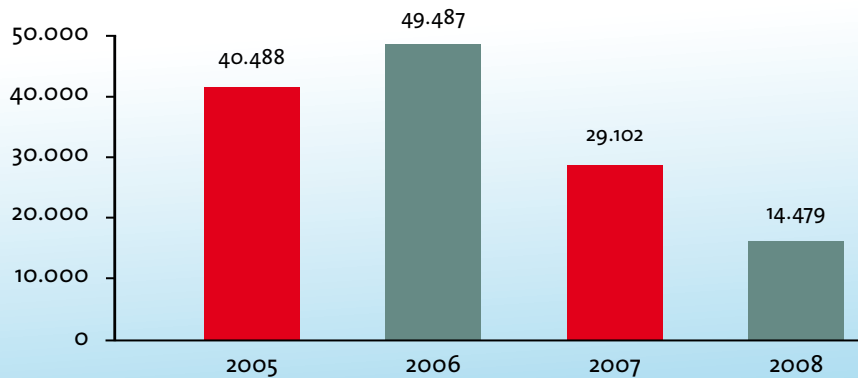
(Stichtag 30.09.)



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB)

UNVERMITTELTE JUGENDLICHE

(Stichtag 30.09.)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

GERECHTE BILDUNGSCHANCEN DURCH EIN GEBÜHRENFREIES ERSTSTUDIUM UND MEHR BAFÖG

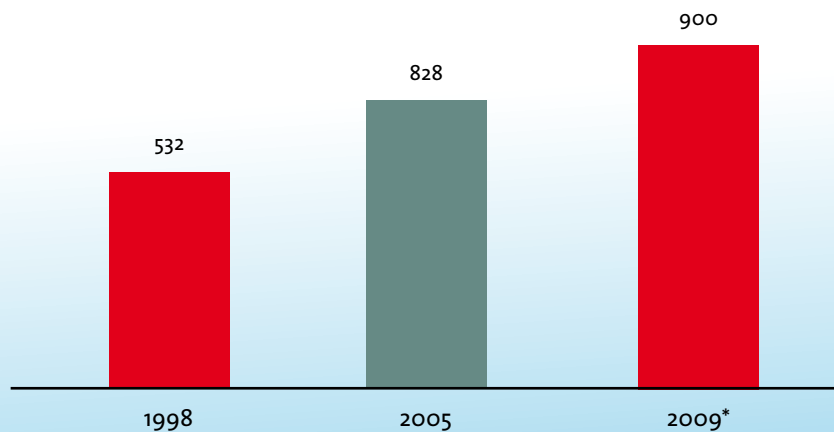
Das BAföG wurde zum Wintersemester 2008/09 deutlich erhöht und ausgeweitet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Erhöhung der BAföG-Fördersätze um zehn Prozent und der Einkommensfreibeträge um acht Prozent in der Koalition durchgesetzt. Wir haben erreicht, dass das BAföG ein leistungsfähiges Instrument zum Abbau finanzieller Hürden beim Hochschulzugang bleibt.

Unsere Reform bringt deutlich mehr Schülerinnen, Schülern und Studierenden spürbar mehr Geld. Mit der Anhebung der Fördersätze um zehn Prozent haben wir die finanzielle Unterstützung der Geförderten gesteigert: So ist beispielsweise der Förderhöchstsatz für Studierende von 585 auf 648 Euro gestiegen. Parallel dazu hat die Erhöhung der Einkommensfreibeträge um acht Prozent zu einer deutlichen Ausweitung der Anspruchsberechtigten geführt.

Hinzu kommen weitere Verbesserungen, mit denen wir das BAföG an neue Entwicklungen und veränderte Bedürfnisse der jungen Leute angepasst haben. Hierzu gehören u.a. die Anhebung der anrechnungsfreien Hinzuverdienstgrenze auf einheitlich 400 Euro monatlich, die Einführung eines neuen Kinderbetreuungszuschlags von 113 Euro für das erste und je 85 Euro für jedes weitere Kind sowie die Ausweitung der Förderung von Studierenden mit Migrationshintergrund.

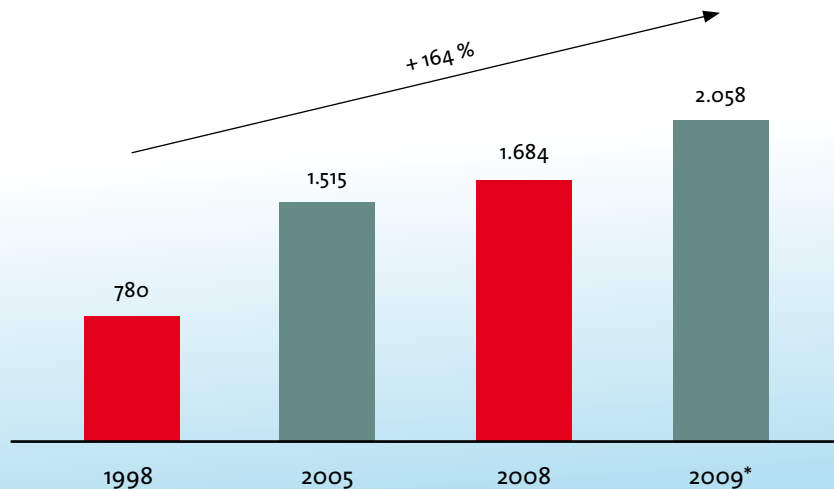
Unionsgeführte Länder führen Studiengebühren ein. Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt hingegen für mehr und besseres BAföG, damit junge Menschen aus sozial schwächeren Familien finanzielle Hürden bei der Aufnahme eines Studiums überwinden können. Auch eine von der Union immer wieder ins Spiel gebrachte Umwandlung des BAföG in ein Vollkreditdarlehen kommt für die SPD nicht in Frage. Auf die Leistungsfähigkeit des BAföG werden wir auch künftig immer ein wachsames Auge haben.

BAFÖG-GEFÖRDERTE



In Tausend. * 2009 Soll (Quelle: BMBF).

BAFÖG-AUSGABEN DES BUNDES



In Millionen Euro. Ab 2000 inklusive Darlehensanteil. * 2009 Soll (Quelle: BMBF).

POLITIK FÜR MEHR STUDIENPLÄTZE: DER HOCHSCHULPAKT 2020

Die Zahl der Studienberechtigten wird in Deutschland in den kommenden Jahren erfreulicherweise ansteigen. Um all diesen jungen Menschen die Chance auf einen Studienplatz zu geben, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bund einen erheblichen Beitrag dafür leistet, die Länder bei der Schaffung neuer Studienkapazitäten an den Universitäten und Fachhochschulen zu unterstützen.

Im Juni 2007 haben Bund und Länder den „Hochschulpakt 2020“ vereinbart. In der ersten Programmphase bis 2010 unterstützt der Bund die deutschen Hochschulen mit über 1,2 Milliarden Euro und trägt dabei zur Schaffung von über 90.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen bei. Die Länder beteiligen sich an den Kosten der zusätzlichen Studienanfängerplätze mit einer 50-prozentigen Kofinanzierung. Insgesamt hat der Hochschulpakt I ein Gesamtvolumen von 1,9 Milliarden Euro.

Mit der im Juni 2009 beschlossenen Verlängerung des Hochschulpaktes hat der Bund außerdem zugesagt, bis 2015 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze mitzufinanzieren. Insgesamt stellt der Bund für die zweite Programmphase des Hochschulpaktes weitere 5,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Darin enthalten ist auch ein „Qualitätsaufschlag“ zur Verbesserung der Lehre. Sonderregelungen gibt es für die neuen Länder und die Stadtstaaten, die bereits heute über ihren eigenen Bedarf Studienkapazitäten vorhalten. Das Gesamtvolumen des Hochschulpaktes II beläuft sich auf 9,9 Milliarden Euro.

Neben der Förderung zusätzlicher Studienkapazitäten stärkt der Hochschulpakt auch die Forschungsleistung der Hochschulen.

Dass der Bund im Rahmen des Hochschulpaktes überhaupt einen Beitrag zum Ausbau der Studienkapazitäten leisten kann, ist dem Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion bei der Föderalismusreform 2006 zu verdanken. Ohne die Durchsetzung der Kooperationsklausel in Artikel 91b des Grundgesetzes wären Bundesinvestitionen in Studienplätze verfassungsrechtlich nicht mehr möglich gewesen. In den Verhandlungen zum Hochschulpakt I wollte CDU-Ministerin Schavan anfangs trotzdem keine Studienplätze fördern. Die SPD hat durchgesetzt, dass der Hochschulpakt auch Studienkapazitäten fördert und damit auf zwei Beinen steht: der Förderung von Forschung und von Lehre.

DIE HERAUSFORDERUNG: ZU VIELE JUNGE MENSCHEN OHNE ABSCHLUSS

Jahr für Jahr gehen neun Prozent aller Jugendlichen in Deutschland ohne Abschluss von der Schule. Das sind jährlich rund 85.000 junge Menschen. Fehlende Schulabschlüsse gehören zu den Hauptgründen für Jugendarbeitslosigkeit, rund 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Noch immer gibt es viele Jugendliche, die zu lange vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen. Der Anteil dieser sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerber ist über die Jahre gestiegen und liegt derzeit bei etwa der Hälfte aller Ausbildungssuchenden. Damit können wir uns nicht abfinden.

Die Hauptverantwortung liegt bei den Ländern, Schulpolitik ist ausschließlich ihre Kompetenz. Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass der Bund im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten seinen Beitrag dazu leistet, die Chancen von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern und jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss zu einer zweiten Chance zu verhelfen. Jeder junge Erwachsene braucht die Chance, einen Abschluss nachzuholen. Kein junger Mensch soll länger als drei Monate arbeitslos sein.

UNSERE LÖSUNG: FÖRDERUNG NACHHOLENDER QUALIFIZIERUNG

FÖRDERUNG VON AUSBILDUNG UND BERUFVORBEREITUNG

Die Bundesregierung hat ihre Fördermaßnahmen für Ausbildung und Berufsvorbereitung intensiviert. Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit (BA) fördern jährlich mehrere zehntausend außerbetriebliche Ausbildungsplätze. Allein im Jahr 2008 hat die BA rund 40.000 Neueintritte in außerbetriebliche Auszubildungsverhältnisse gefördert. Mit dem Programm „Jobstarter“ fördert die Bundesregierung zusätzliche Ausbildungsplätze. Im neuen Ausbildungspakt hat die Bundesregierung außerdem zugesagt, die Berufsorientierung an den Schulen zu stärken, die Förderung von jungen Migranten/-innen zu intensivieren und ein neues Förderprogramm zur passgenauen Vermittlung Auszubildender an kleine und mittlere Unternehmen aufzulegen.

AUSBILDUNGSBONUS UND BERUFSEINSTIEGSBEGLEITUNG

Um jungen Menschen, die schon lange vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen, gezielt unter die Arme zu greifen, hat der Deutsche Bundestag 2008 auf Initiative der SPD den sogenannten Ausbildungsbonus beschlossen.

Der Ausbildungsbonus ist ein bis Ende 2010 befristetes Sonderinstrument, das förderungsbedürftigen Jugendlichen helfen soll, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden. Der Bonus in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro kann von Betrieben bei der BA beantragt werden, wenn sie zusätzliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige Altbewerber anbieten.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturkrise haben wir Mitte 2009 gesetzliche Änderungen beim Ausbildungsbonus beschlossen, um Auszubildende leichter und effektiver zu fördern, die ihren Ausbildungsplatz durch die Insolvenz ihres Ausbildungsbetriebes verloren haben.

Um benachteiligte Jugendliche schon frühzeitig beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung gezielt zu unterstützen, haben wir 2008 außerdem die professionelle Berufseinstiegsbegleitung eingeführt.

ZWEITE CHANCE FÜR SCHULVERWEIGERER

Mit dem Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ leistet die Bundesregierung einen Beitrag für weniger Schulabbrecher/-innen. Ziel des Programms ist es, Schulschwänzer wieder in das Schulleben zu integrieren. Nur so haben sie eine Chance auf einen Schulabschluss.

An 78 Standorten im gesamten Bundesgebiet werden seit 01.09.2006 lokale Projekte gefördert. In der ersten Phase sollen auf diese Weise rund 1.000 junge Menschen in den Schulalltag zurückfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Projekt bis 2013 verlängert wird.

Wichtig ist, dass auch die Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Zahl der Schulabbrecher/-innen deutlich zu reduzieren. Um mehr Menschen ohne Schulabschluss eine zweite Chance zu geben und niemanden zurückzulassen, haben wir außerdem den Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen eines Hauptschulabschlusses durchgesetzt. Und wir wollen noch weiter gehen: Die SPD möchte jedem jungen Menschen, der mit 20 Jahren weder Abitur noch einen Berufsabschluss hat, eine Berufsausbildungsgarantie geben.



DIE HERAUSFORDERUNG: ÜBERFORDERTE ELTERN

In den ersten Lebensjahren eines Kindes werden bereits die Grundlagen für seine weitere Entwicklung gelegt. Kinder brauchen starke Eltern, die sie von Anfang an fördern. Die meisten Eltern sind hierzu bestens in der Lage. Doch es gibt auch Eltern, die mit ihrer Erziehungsverantwortung überfordert sind – mit oft schwerwiegenden Folgen. Kinder aus solchen belasteten Familien müssen den besten Schutz erhalten.

UNSERE LÖSUNG: STARKE NETZWERKE FÜR FAMILIEN!

Wer starke Kinder will, muss zuerst die Eltern stark machen. Aufgabe einer vernetzten Kinder- und Familienpolitik ist es, die Erziehungs- und Bildungskompetenz von Eltern zu entwickeln.

Beispiel: frühe Hilfen

Einen erfolgreichen Weg geht die Stadt Dormagen. Nach der Geburt eines Kindes machen Sozialarbeiter/-innen dort grundsätzlich einen Hausbesuch. Sie überreichen ein Baby-Begrüßungspaket, bieten Hilfe an, nennen Betreuungsangebote, schauen aber auch nach dem Rechten. Selbst Wohlhabende bekommen dort Besuch vom Sozialdienst – ein hervorragendes Beispiel für frühe, präventive und diskriminierungsfreie Hilfe.

Beispiel: Erziehungs- und Bildungspartnerschaften

Wir setzen auf Eltern-Kind-Zentren. Hier werden Kinder wie Eltern gleichermaßen gebildet, gefördert und unterstützt. Das baut Überforderungen ab und macht aus Eltern starke und kompetente Entwicklungsbegleiter für ihre Kinder. In Eltern-Kind-Zentren bekommen Eltern z.B. Tipps für die richtige Ernährung oder das tägliche Vorlesen. Sie werden angeleitet, über tägliche Gespräche und gemeinsame Mahlzeiten stabile Beziehungen zu ihren Kindern aufzubauen. Unser Ziel ist, alle KiTas zu Eltern-Kind-Zentren weiterzuentwickeln und so zu zentralen Anlaufstellen für Familien zu machen.

KINDER BRAUCHEN AUCH STARKE RECHTE ...

Deshalb setzen wir uns für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ein. Damit können wir die Lebensbedingungen der Kinder weiter verbessern und ihr Wohl noch besser schützen.

DIE HERAUSFORDERUNG: IHR KIND WÄCHST ...

UNSERE LÖSUNG: ... UNSERE HILFEN WACHSEN MIT

Wir machen Politik für alle Familien – mit großen und mit kleinen Kindern! Der Siebte Familienbericht der Bundesregierung empfiehlt uns, Leistungen und Unterstützung für Familien am Lebenslauf eines Kindes zu orientieren. Genau das haben wir gemacht!

Geburt	Elterngeld und frühe Hilfen
1 bis 5 Jahre	Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung
6 bis 16 Jahre	Ganztagschulen
16 bis 18 Jahre	Übergang Schule – Beruf verbessern
18 bis 24 Jahre	Bessere Studienbedingungen, BAföG, zweite und dritte Chancen

IN DER KRISE FÜR FAMILIEN GEHANDELT!

Mit dem Steinmeier-Plan hat die Große Koalition die Finanz- und Wirtschaftskrise bislang gut gemeistert. In dessen Mittelpunkt stehen die Belange von Familien. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ...

- mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert, darunter viele von Familienmüttern und -vätern.
- Familien mit dem Kinderbonus in Höhe von 100 Euro eine willkommene Finanzspritze verschafft.
- mit der Erhöhung der Regelsätze für die 6- bis 13-Jährigen um 40 Euro im Sozialleistungsbezug besonders hilfebedürftigen Familien unter die Arme gegriffen.
- mit dem Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr die Chancen von Kindern im unteren Einkommensbereich verbessert.
- mit dem Programm für Investitionen vor Ort Ausbau und Modernisierung von Schulen, Turnhallen und KiTas ermöglicht – und dabei gleichzeitig die Auftragsbücher von Handwerkerinnen- und Handwerkerfamilien gefüllt.



